

Positionspapier Einleitung und Teil 1

Version 05-06-2023

Dieses Positionspapier „Für eine Politik der Abrüstung und Entmilitarisierung“ soll nach dem Grundsatzprogramm und ergänzend zu diesem eine Grundlage für eine gemeinsame Politik in einer pazifistischen Organisation sein.

Das Positionspapier soll eine Einschätzung der globalen Lage mit der Perspektive auf Kriegsursachen und kriegerische Konflikte geben, unser gesellschaftliches und politisches Umfeld in der Bundesrepublik Deutschland einschätzen, daraus Handlungskonzepte und Forderungen an politische Entscheidungsinstanzen ableiten und Handlungsfelder und Aufgabenbereiche für unsere pazifistische Organisation benennen.

1. Zur Situation der Staatenwelt aus friedenspolitischer Perspektive

Bei der Betrachtung der Staatenwelt wird oftmals stillschweigend vorausgesetzt, dass souveräne Staaten ihre politische, ökonomische und militärische Macht zur Durchsetzung ihrer Interessen einsetzen. Ob und wie und in welchen Zusammenhängen sie das tun, hängt von ihrem jeweiligen Machtpotential und mobilisierbaren Ressourcen sowie der Einschätzung der Kräfte konkurrierender Staaten und Bündnisse ab.

Die aktuellen Beziehungen in der Staatenwelt entwickeln und verändern sich, und sind doch historisch gewachsen aus einer langen Epoche der Kriege zwischen imperialistischen Staaten um Territorien und Ressourcen, aus einer Epoche der kolonialen Herrschaft der europäischen Großmächte über den Rest der Welt hervorgegangen und ganz wesentlich mitbestimmt durch die Nachwirkungen und Folgen der Teilung der Welt in zwei systemische Konkurrenzblöcke und den Gegenentwurf einer Bewegung der Blockfreien Staaten bis 1989/1991.

Die Charta der Vereinten Nationen von 1945 entwirft hingegen ein Bild von gleichberechtigten souveränen Staaten, die ihre zwischenstaatlichen Streitigkeiten vor dem Internationalen Gerichtshof beilegen, auf die Anwendung von Militärgewalt verzichten und daher abrüsten können. Ein System von internationalen und z.T. rechtlich fixierten Beziehungen ist entstanden, welches das souveräne Handeln der herkömmlichen Nationalstaaten begrenzt und Mechanismen zur Bearbeitung und Eingrenzung von Konflikten beinhaltet.

Im Widerspruch dazu wird die Welt von den politischen und wirtschaftlichen Eliten in den reichen und mächtigen Staaten weiterhin als System konkurrierender Machtblöcke betrachtet, in dem die Durchsetzung von Interessen mit militärischen Mitteln als legitim betrachtet wird. Die propagandistische Absicherung dieser Interessenspolitik muss immerhin auf die völkerrechtliche Legalität Rücksicht nehmen.

1.1.1 Weltpolitische Gewichte

Die weltpolitischen Gewichte verschieben sich weiter. Die »BRIC«-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) stellen den weltpolitischen Machtanspruch der USA in Frage. Sie besitzen bzw. erwerben eine eigenständige Rüstungsindustrie und Atomwaffenpotenziale.

Das »Schanghai-Bündnis« zwischen China und Russland sowie die »Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit« (OVKS) können als neue Gegenbündnisse zur NATO gesehen werden. Indien versucht seine Stellung durch Zusammenarbeit mit allen anderen Weltmächten zu verbessern. China entwickelt politische und ökonomische Beziehungen zu Brasilien und Venezuela und stellt damit die herkömmliche hegemoniale Monopolstellung der USA in Lateinamerika in Frage.

Die USA betrachten ein ökonomisch und militärisch stärker werdendes China als wichtigsten Gegner. Sie wollen neue politisch-militärische Bündnisse mit den Anrainerstaaten des Pazifiks entwickeln (primär mit Australien und Neuseeland) und die Staaten der EU in eine gemeinsame Front gegen China einbinden. Auch die europäischen Staaten formulieren mittlerweile ein eigenständiges sicherheitspolitisch-militärisches Interesse im Indopazifik, der südchinesischen See sowie Ozeanien.

Eine neue multipolare politische Struktur ist entstanden, die zur Aktualisierung von Konflikten und neuen Rüstungswettläufen führen kann. Regionale Mittelmächte formulieren ihre Interessen und evtl. hegemoniale Ansprüche mit zunehmender Deutlichkeit.

Die neu entstehenden Machtblöcke werden ihre Interessen autoritär und militärisch durchsetzen. Die Militarisierung der angeblichen Systemkonkurrenz mit China erhöht die Gefahr eines globalen Krieges.

Die völkerrechtlichen Institutionen und Organe werden derzeit nur begrenzt als legitime oder effektive Foren für die Regelung von weltpolitisch relevanten Herausforderungen akzeptiert. Dies zeigt sich vor allem in gegenseitigen Vorwürfen doppel-moralischen Handelns. Dadurch verengen sich Kanäle für friedenspolitisch bedeutungsvolles Handeln in internationalen Organisationen. Im globalen Nordwesten wird derzeit dem Konzept des „Wandel durch Annäherung“ und auch der „friedlichen Koexistenz“ eine klare Absage erteilt. Auch eine „Gemeinsame Sicherheit wider Willen“ scheint in weiter Ferne.

1.1.2. Ein befeuerter Ost-West-Konflikt

Mit dem heißen Krieg in der Ukraine seit Februar 2022 ist die Bedeutung der Konkurrenz zwischen den Staaten des NATO-Bündnisses und der Russischen Föderation deutlich betont worden. Dies hat die Verschärfung einer ganzen Reihe von Konfliktdimensionen zur Folge: ein erhöhtes Risiko der Eskalation zum Atomkrieg, energie- und wirtschaftspolitische Entkoppelung, diplomatische Blockadehaltungen, gegenseitige Sanktionspolitiken.

Die Konsequenzen daraus sind militärpolitisch geschlossenes Auftreten der Blöcke und der Wille zur Eskalation – die neuen strategischen Dokumente der Bündnisse und Staaten lassen dies deutlich erkennen: man benennt einander wieder klar als strategische Gegner. Gemeinsame diplomatische Foren (Nato-Russland-Rat u.a.) sind seit Jahren funktionslos.

Die Ansprüche des Westblocks unter Führung der USA auf globale Vorherrschaft werden mit der Behauptung einer „neuen“ Systemkonkurrenz zwischen „Demokratie“ und „Autokratie“ verschleiert. Diese moralische Aufladung im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine verfängt allerdings nicht global. Hier wird die Bedeutung sich verschiebender weltpolitischer Gewichte sichtbar – viele Staaten folgen nicht diesem Verständnis.

Trotz erneut gestiegener Bedeutung der NATO (vgl. Abschnitt 2) verfolgen Teile der politischen Eliten in Frankreich und Deutschland (und evtl. weiteren Staaten der EU) das Projekt eines strategisch eigenständigen Europas. Dies wird allerdings nicht friedenspolitisch in Abgrenzung zu Militärbündnissen verstanden, sondern primär als wirtschaftlich und militärisch „autonomes“ Europa skizziert, das sich dabei als konkurrenzfähig markieren möchte und in Konfrontation zu v.a. Russland und China steht. Auch dieses Projekt befeuert ein konfliktives Ost-West-Verhältnis.

1.1.3 Das Nord-Süd-Verhältnis bzw. globale Ressourcen

Das globale Nord-Süd-Verhältnis ist die zweite bedeutende Konfliktstruktur. Der globale Norden ist weiterhin abhängig von Rohstoffen für die Industrie, und von Agrarprodukten für Konsum und üppigen Lebensstil.

Krieg um Öl scheint derzeit eine geringere Rolle zu spielen, nachdem die USA dank Fracking zum Selbstversorger geworden sind und einige Industrienationen aktiv die Nutzung regenerativer Energien betreiben, um vom Öl und anderen fossilen Energieträgern unabhängig zu werden. Konflikte um andere Rohstoffe, wie z.B. seltene Erden, Holz und Sand, zeichnen sich jedoch ab bzw. sind bereits im Gange. Die sich hier neu aufbauenden Abhängigkeiten des Globalen Südens sind die neueste Gestalt neokolonialer Verhältnisse – in einem neu befeuerten Rohstoff-Extraktivismus.

Die Erzählungen von „Unterentwicklung“ des Globalen Südens verschleiern die Interessen und vielfältigen Formen der Einmischung durch die Industrienächte, multinationale Konzerne und private Söldnertruppen. Die interessengeleitete Ressourcensicherung (und deren militärischer »Schutz«) ist allen Blöcken gemein. Die Volksrepublik China will Anteile an diesen Ressourcen sichern und stellt damit die überkommenen Privilegien der multinationalen Konzerne des „Westens“ bei der Ausbeutung der Ressourcen im Globalen Süden in Frage. Insbesondere in Afrika treffen die Interessen der ehemaligen europäischen Kolonialmächte, der USA, Russlands und Chinas aufeinander. Diese werden auch mit militärischen Stützpunkten (China – Djibouti, Frankreich – Tschad und weitere, USA – Kenia, Burkina-Faso und weitere) markiert. Ähnliche Entwicklungen zeigen sich allerdings auch in Asien und Lateinamerika.

Trotz anderslautender entwicklungspolitischer Ansinnen, scheinen die Verbesserung der realpolitischen und sozialen Verhältnisse in diesen Staaten in keinem direkten Interesse der an diesem Extraktivismus verdienenden Staaten zu sein.

1.1.4. Aufrüstung, Atomwaffen und Kriegsgefahr

Die Bedeutung und Möglichkeiten etablierter Rüstungskontrollsysteme sind deutlich geschwächt. Zur Vorgeschichte des Ukraine Krieges gehören die Kündigung des ABM-Vertrages 2001, durch die USA, die Kündigung des INF-Vertrages und des „Open Skies“ Abkommens. Zuletzt (März 2023) auch die Kündigung des START- Abkommens durch Russland– sie alle markieren einen heftigen Schlag gegen die etablierten Nuklearwaffenkontrolle und die Beschränkung konventioneller Waffensysteme. Durch den aktuellen Krieg in der Ukraine sind die Beziehungen zwischen den Machtblöcken so weit zerstört, dass neue Abkommen zur Rüstungskontrolle unwahrscheinlich sind. Es gibt derzeit keine vertraglichen Schranken gegen ein Wettrüsten bei Angriffs- und Abwehrwaffen.

Die Zahlen zu Aufrüstung und Modernisierung von Waffensystemen zeigen seit mehreren Jahren eine sich alljährlich steigende globale Rüstungsspirale mit einer dramatischen Zunahme zwischen 2021-2023.

Alle bereits vor dem Krieg beschlossenen Maßnahmen zur Modernisierung der Angriffs- und Abwehrsysteme können umgesetzt werden – so auch der atomaren Bewaffnung. Die Modernisierung der US-amerikanischen Atomwaffenarsenale zielt auf die strategische Überlegenheit. Der präventive Einsatz der Kernwaffen ist Teil der Planung (Doktrin des »Prompt Global Strike«). Das System der »gegenseitig versicherten Zerstörung« (»Mutual Assured Destruction«) soll überwunden werden. Die Modernisierung der russischen Kernwaffen zielt auf die Aufrechterhaltung der Fähigkeit zum Vergeltungsschlag. Trotz Beteuerung von Anfang 2022, keine atomare Eskalation betreiben zu wollen, haben alle Atomkräfte noch keinen Verzicht auf einen Erstschlag bekundet.

Noch funktioniert im Krieg gegen die Ukraine die Abschreckung – Russland und USA haben das gemeinsame Interesse, das Kräftemessen auf konventionelle Waffen und auf das Gebiet der Ukraine zu begrenzen.

Die Möglichkeit der Ausschaltung oder Manipulation der Frühwarn- und Führungssysteme einer Atommacht durch Cyberattacken erhöht die Gefahr eines Atomkrieges aus Versehen oder aufgrund einer Fehleinschätzung der Lage.

Durch die Weiterverbreitung von Atomtechnik und Raketentechnik wird weitere atomare Abrüstung komplizierter. Immer mehr Staaten erwerben das know-how zur Herstellung und zum Einsatz von Atomwaffen. Derzeit im Blick der Öffentlichkeit sind nur Nordkorea und Iran. Die alten Atomwaffenstaaten wollen aber auf ihren Status nicht verzichten und wollen keine Verhandlungen über allgemeine atomare Abrüstung führen, wozu sie sich im Atomwaffensperrvertrag verpflichtet haben. Die Gefahr eines Atomkrieges steigt weiter.

Einen kleinen Lichtblick bietet das neue Rahmenvertragswerk des Atomwaffenverbotsvertrags (TPNW), der seit 2021 in Kraft ist und einen normativen und auch politischen Kontext bietet, die Frage der Ächtung atomarer Waffen voranzutreiben. Die Atomwaffenstaaten und ihre Alliierten ignorieren den Vertrag bislang – doch immerhin haben einige NATO-Staaten immerhin als Beobachter*innen an Verhandlungen teilgenommen.

Die Entwicklung der Militärtechnik eröffnet nunmehr glaubhaft die Perspektive der Nutzung des Weltraums für Waffensysteme, über die derzeitige Nutzung für Spionage und Kommunikation weit hinausgehend.

Die Verankerung semi-autonomer Kampfsysteme und der Drohnenkriegsführung als »neuer militärischer Revolution« ist weit vorangeschritten. Der immer größerflächigen Integration diverser »intelligenter« Kampfsysteme haben sich nahezu alle Staaten angeschlossen – Regulierungsvorhaben (bspw. „KillerRobots“-Konvention) kommen seit Jahren nicht voran und die – letztlich illusionäre – Vorstellung einer Überlegenheit auf dem Schlachtfeld durch High-Tech-Waffensysteme treibt die Rüstungsspiralen weiter voran.

1.1.5 Klimakrise und Planetare Grenzen

Der Klimawandel ist die dominante global wirksame Krise, auf die sich die meisten Anstrengungen richten müssten.

Erderwärmung, Dürreperioden, Bodenzerstörung und Raubbau an Ressourcen, verbunden mit ständig steigender Bevölkerungszahl stellen verschärft die Frage nach den ökologischen Grenzen des Wachstums, und die Frage nach einer nachhaltigen Wirtschaftsweise und einer nachhaltig ernährbaren Bevölkerungszahl – nicht nur im Globalen Süden. Durch die Folgen des Klimawandels werden manche regionalen Konflikte verschärft, die aber nicht militärisch ausgetragen werden müssten.

Der Anteil militärischer Akteure am Klimawandel wird aktiv ausgeblendet, dem Klimawandel entweder mit Desinteresse oder militärischer Bekämpfungsrhetorik begegnet – global nachhaltige Klimapolitik wird nirgendwo betrieben. Die Szenarien fortschreitender klimatischer Eskalation sind dramatisch.

1.1.6 Regionale Konflikte

Minderheitenkonflikte und Separationsbestrebungen existieren in vielen Staaten weiter – die vergangenen Jahre verzeichneten in der Zählung des Heidelberger Konfliktbarometers des HIIK auch die höchste Anzahl an Kriegen und begrenzte Kriege seit längerer Zeit. Die weltpolitische Bedeutung dieser Konflikte und Kriege wird aus europäischer Perspektive nur für diejenigen Konflikte gesehen, in denen auch eigene wirtschaftliche, militärische oder politische Interessen europäischer Länder deutlich sichtbar sind – dies trifft etwa auf die Situationen in Sahelstaaten zu, aber auch auf die Situation im Nahen Osten, auf der Arabischen Halbinsel oder auf dem Balkan.

Die Konflikte in Bosnien und um den Kosovo sind ungeklärt. In den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien gibt es noch keine Regelung, die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung aller Bevölkerungsgruppen sowie Frieden in Gerechtigkeit fördert. Gleiches gilt für territoriale und ethnische Konflikte im Kaukasus. Hoffnungen auf den »Arabischen Frühling« oder auch der Selbstbestimmung im Falle der kurdischen Autonomiebestrebungen haben sich weitgehend zerschlagen.

Global gewinnen imperiale und national-chauvinistische Erzählungen gleichzeitig wieder Boden.

Regionale Konflikte von weniger großer Bedeutung für die Interessenlagen der europäischen Staaten dürfen in ihrer Dramatik und Konsequenz jedoch nicht missachtet werden. Dies gilt für innergesellschaftliche Konflikte (bspw. Eritrea, Kolumbien, Chile, Peru, Guatemala), Sezessions- und Dekolonisierungskonflikte (Indien, Myanmar, Indonesien, u.a.) und zwischenstaatliche Interessenkonflikte (Kongo-Ruanda, u.a.).

Viele regionale politische Bündnisse (OAS, AU, EU, Arabische Liga, ASEAN) sind zwar mittlerweile als Regelungsforen für politische Konflikte und regional relevante Gewalt- und Kriegsprävention anerkannt. Ihre Präventionswirksamkeit ist allerdings umstritten.

Die deutlich gesteigerte Rolle und der Einfluss „neuer Kriegersakteure“, wie privater Sicherheitsfirmen (»PMCs«), paramilitärischer Vereinigungen (u.a. in Kolumbien) sowie illegaler Söldnerorganisationen zeigt sich von der lokalen Ebene (ersatzweise Polizei) bis hin zu international eskalierten Gewaltkonflikten (Gruppe Wagner in der Ukraine oder im Kongo, Blackwater im Irak, u.a.). Als weitgehend unregulierte militärische Akteure erhöhen sie weltweit die Kriegsgefahren.

Durch ihr strategisches Agieren in einer Vielzahl regionaler Konflikte treffen auch die hegemonialen Interessen der Großmächte immer wieder aufeinander – das Zeitalter der Stellvertreterkriege ist mitnichten zu Ende.

1.1.7 Krieg gegen den Terrorismus

Derzeit spielt der sogenannte Krieg gegen den Terrorismus global eine untergeordnete Rolle. Mit dem Scheitern des Krieges in Afghanistan ist der Krieg gegen den Terrorismus jedoch noch nicht beendet. Mit begrenzten Interventionen (Drohnenangriffe) in einzelnen Regionen werden die gleichen machtpolitischen Ziele verfolgt und politischer und militärischer Widerstand gegen die Interessen der USA weiter bekämpft.

Ziel der als „Krieg gegen den Terror“ bezeichneten Interventionskriege der USA (und wechselnder Alliierten oder der NATO) nach den Anschlägen vom 11. September 2001 war die Beseitigung der Regime im Irak, in Afghanistan, Syrien, Libyen, Jemen. Die den Interventionen angeblich zugrunde liegenden humanitären Ziele, d.h. der Schutz der Bevölkerung, dienten dabei weitgehend als Feigenblatt.

Der Aufbau eines Feindbildes „Islamismus“ bereitete propagandistisch den Boden für Interventionen in die ölreichen bzw. für strategisch wichtig gehaltenen Regionen in Nahen und Mittleren Osten. Mit der Nutzung von Öl und Gas durch das Fracking-Verfahren in den USA bzw. Nordamerika scheint seit der vergangenen Dekade die Kontrolle der Ölregionen im arabischen Raum für die USA von geringerer Bedeutung.

Im „Krieg gegen den Terror“ stellte sich die US-Regierung über das Völkerrecht, missachtete das Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen, und ignorierte die Ansprüche auf Mitwirkung von Russland und China im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Der Krieg gegen den Terrorismus hat Hunderttausende Tote verursacht, die internationalen Beziehungen

beschädigt, das Völkerrecht geschwächt und das Ansehen des sog. Freien Westens in der arabischen Welt beschädigt und die imperialistische Politik der USA und ihrer Verbündeten entlarvt.

Im Rahmen der Operationen des „Kriegs gegen den Terrorismus“ haben sich die USA auf dem Balkan, im Irak und in Staaten am Persischen Golf neue strategische Militärstützpunkte verschafft.

Dem Krieg gegen den Terror ist wieder ein ebenso rhetorisch aufgebauschter „Krieg gegen die Drogen“ zur Seite getreten – befeuert durch konservative und protofaschistische Regierungen weltweit.